

Beschluss des Landrats vom 27.04.2023

Nr. 2124

6. **Änderung des Energiegesetzes und des zugehörigen Dekrets aufgrund des Energieplanungsberichts 2022**

2022/683; Protokoll: cr

– *Fortsetzung erste Lesung Energiegesetz*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) ruft in Erinnerung, die erste Lesung sei an der letzten Sitzung nicht abgeschlossen worden. Bisher wurde eine Änderung in § 2 Absatz 2 beschlossen.

§ 2 Absatz 6

Andi Trüssel (SVP) erklärt, der Antrag der SVP-Fraktion laute, den Absatz wie folgt zu ergänzen:

⁶ *Der Regierungsrat überprüft die Massnahmen zur Zielerreichung periodisch auf ihre Wirksamkeit und erstattet dem Landrat Bericht. Ist die Versorgungssicherheit gefährdet, sind diejenigen Massnahmen, welche die Versorgungssicherheit einschränken oder gefährden, auszusetzen.*

Schweizweit sind verschiedene Leute klar der Meinung, dass man mit der ins Auge gefassten Energiestrategie in eine Sackgasse fährt. Daher soll für das Baselbiet festgehalten werden, dass die eingeleiteten Massnahmen ausgesetzt werden können, wenn sie die Versorgungssicherheit nicht gewährleisten. Diese Möglichkeit soll der Regierungsrat erhalten.

– *Ordnungsantrag: Rückweisung an die Umweltschutz- und Energiekommission*

Markus Dudler (Die Mitte) hält fest, in letzter Sekunde würden nun Anträge von Seiten FDP- und SVP-Fraktion auf dem Tisch liegen, die mittels Bauchentscheid angenommen oder abgelehnt werden müssten. Aus Sicht der Mitte/glp-Fraktion ist dies in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas unseriös. Die Mitte/glp-Fraktion findet das Energiegesetz sehr wichtig. Nun Schnellschüsse zu produzieren, ist nicht zielführend. Die Mitglieder der Umweltschutz- und Energiekommission sollten sich an der eigenen Nase nehmen, dass sie keine Vorlage präsentieren konnten, die von einer grossen Mehrheit getragen wird. Um ein Scheitern der Vorlage im Landrat oder bei einer Volksabstimmung zu verhindern, muss sie zwingend mit den Anträgen noch einmal in die zuständige Fachkommission, sprich in die UEK. Daher stellt die Mitte/glp-Fraktion einen Rückweisungsantrag, mit dem Auftrag an die UEK, die vorliegenden Anträge seriös zu prüfen. Markus Dudler zeigt sich überzeugt, dass mit der Stärkung der Mitteparteien künftig ausgewogenere Vorlagen in den Landrat gelangen werden.

Der Antrag der SVP-Fraktion zu § 2 Absatz 6 wird abgelehnt. Denn die Folgen der Änderungen und ihre juristische Bedeutung können nicht abgeschätzt werden. Dasselbe gilt für viele der weiteren Anträge.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) fragt, ob es Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag gebe.

Stephan Ackermann (Grüne) fragt sich, ob die Rückweisung etwas bringe. In der Debatte der UEK war eigentlich eine Verweigerungshaltung der SVP-Fraktion zu vermerken. Die nun vorliegenden Anträge lagen ja nie auf dem Tisch. Warum soll es nun anders sein, wenn man die Vorlage an die UEK zurückweist? Die SVP-Fraktion hat sich zu einer direkten Beratung ihrer Anträge im

Parlament entschlossen. Der Landrat kann diese auch beraten, er ist dafür ausgerüstet. Daher kann wie geplant weitergefahren werden. Dabei muss halt Antrag um Antrag abgelehnt werden.

Thomas Noack (SP) hält fest, dass die Kommission keine Anträge in diese Richtung vorliegen hatte. Es wäre eigentlich richtig gewesen, sie bereits in der Kommission zu diskutieren. Daher erscheint es wenig sinnvoll, das Geschäft in die UEK zurückzunehmen. Die Kommission hat genug lange und sehr ausgiebig über die Vorlage diskutiert. Diese Anträge oder ein grosser Teil davon wurden jedoch nicht gestellt. Daher wird empfohlen, die Rückweisung nicht zu unterstützen.

Urs Kaufmann (SP) ist ebenfalls sehr enttäuscht über die SVP- und FDP-Fraktion, die ihre Anträge nicht schon in der Kommission eingebracht haben. Denn dabei hätten sie unter die Lupe genommen und allfällige Probleme analysiert werden können. Es ist nicht seriöse Landratsarbeit, im allerletzten Moment noch neue Anträge mit x Varianten zu stellen. Das ist schlechte Politik. Der Landrat kann über die Anträge diskutieren. Es wird aber darauf hinauslaufen, dass alle weitgehend abgelehnt werden. Das Spiel, wonach die Kommissionsberatung im Landrat geführt wird, muss nun halt so betrieben werden, wie es die SVP- und FDP-Fraktion wollen. Es ist nicht zielführend, die Vorlage nun an die UEK zurückzuweisen. Denn dort wollten diese beiden Fraktionen nicht ernsthaft arbeiten. Die SP-Fraktion ist gegen die Rückweisung.

Andi Trüssel (SVP) nimmt auf seine Kappe, dass der Antrag erst jetzt vorliegt. Die SP-Fraktion hat die Anträge jedoch erhalten und konnte darüber diskutieren. Dafür war genügend Zeit vorhanden. Es wurde gesagt, die SVP-Fraktion habe in der Kommission eine Verweigerungshaltung an den Tag gelegt. Da sie in der Minderheit war, konnte sie bringen, was sie wollte, sie hätte eigentlich gleich zuhause bleiben können, denn man ging auf die Anträge gar nicht erst ein. Die anderen hatten ihre nicht faktenbasierte Meinung und zogen diese durch und das stört Andi Trüssel. Urs Kaufmann, die erste Lesung ist gerade dazu da, solche Themen nochmals aufzubringen.

Alain Bai (FDP) ist überrascht über den Antrag der Mitte/glp-Fraktion. Die Anträge haben bereits seit zwei Wochen die Runde gemacht. Andi Trüssel hat angemerkt, dass die SVP- und FDP-Fraktion versucht haben, ihre Anforderungen an das Gesetz und die Regelungen, die sie im Hinblick auf eine allfällige Volksabstimmung als kritisch beurteilen, in die Kommissionsberatung zu bringen. Die Mehrheitsverhältnisse sind dort ganz anders. Darum wurden die Anträge für den Landrat nochmals vorbereitet und frühzeitig mit anderen Parteien Gespräche geführt. Die SVP- und FDP-Fraktion sind heute bereit für die Diskussion und würden gerne an einer mehrheitsfähigen Lösung arbeiten. Wenn nun einzelne Parteien und Fraktionen dazu noch nicht bereit sind, sondern dies vertieft abklären und diskutieren wollen, besteht die Bereitschaft, die Vorlage in die Kommission zurückzugeben, dort die im Landrat eingereichten Anträge zu diskutieren und für eine mehrheitsfähige Lösung zu sorgen. Dabei müsste der Auftrag an die UEK klar lauten, dass die Anträge, die vonseiten SVP- und FDP-Fraktion im Landrat eingereicht wurden, diskutiert und vorbereitet werden müssen.

Ursula Wyss Thanei (SP) muss sich wehren. Die Anträge von Seiten der FDP-Fraktion wurden in der Kommission diskutiert. Die Mehrheitsverhältnisse sind kein Grund, etwas nicht einzubringen und nicht zu diskutieren. Es ist nun auch nicht die Rede von Anträgen, die verständlicherweise in der UEK abgelehnt wurden und nun im Landrat nochmals gestellt werden. Das ist erlaubt. Vielmehr ist die Rede von Anträgen, die in der Kommission nicht eingebracht und diskutiert wurden, sondern die neu sind. Das ist eigentlich ein Armutszeugnis für die UEK, denn sie muss unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen jede Diskussion führen. Das ist wichtig, denn dann kann man auch die Stellungnahme der Verwaltung und Expertisen einholen. Das wurde verpasst und ist schade.

Marco Agostini (Grüne) bestätigt, dass, wie Alain Bai sagte, die Anträge bilateral viel diskutiert worden seien. Alle Parteien sollten daher eigentlich wissen, wer was bringt. Darum versteht Marco Agostini nicht ganz, weshalb die vorliegenden Anträge nun nicht im Landrat diskutiert werden können. Es ist eigentlich der richtige Ort, denn in der UEK bestand keine einheitliche Meinung. Vielmehr wurde einem vorgeworfen, man wolle gar nicht diskutieren und könne gleich selbst entscheiden. Dieser Vorwurf wird klar zurückgewiesen. Es waren immer alle einbezogen und vor allem in den letzten vier, fünf Wochen wurde mit allen diskutiert. Dass die SP und die Grünen nicht diskutieren wollten, stimmt also hinten und vorne nicht. Die Anträge können nun diskutiert werden und der Landrat wird eine Lösung finden – die dann zu akzeptieren ist.

Peter Riebli (SVP) nimmt Andi Trüssels letzten Satz auf, um ihn zu vervollständigen. Eigentlich möchte die SVP-Fraktion das Energiegesetz diskutieren. Sie hat dabei auch keine Hemmungen, die Vorlage am Schluss abzulehnen und damit vors Volk zu gehen, wenn eine Verweigerungshaltung im Landrat besteht. Eine Volksabstimmung hat durchaus einen gewissen Reiz. Die SVP verspricht sich sowieso mehr Erfolg für ihre Sichtweise bei einer Volksabstimmung. Andererseits provoziert die SVP-Fraktion dieses Vorgehen nicht, weil nun eine Chance besteht, das Gesetz dank einer Rückweisung in der Kommission nochmals zu behandeln, damit eine tragfähige Lösung gefunden werden kann und es nicht zu einer Volksabstimmung kommt. Die SVP würde es begrüßen, wenn doch noch ein tragfähiger Kompromiss gefunden würde, sie will keine Volksabstimmung erzwingen. Deshalb könnte die SVP-Fraktion den Rückweisungsantrag unterstützen.

Marco Agostini (Grüne) findet, das klinge nun ganz anders. Es ist toll, dass Peter Riebli diese Ergänzung gemacht hat. Eigentlich hatte man fünf Wochen Zeit, das Gesetz zu beraten. Aber wenn die SVP nun denkt, sie könne den anderen doch noch entgegenkommen, kann man gerne darüber diskutieren. Es freut Marco Agostini, wenn die SVP-Fraktion nicht unbedingt eine Volksabstimmung will, und er hat grundsätzlich nichts dagegen, wenn Lösungen gefunden werden können. Es muss einfach klar sein, dass die Positionen auf der Seite von Marco Agostini relativ klar sind. Daher schreckt man auch heute nicht vor einer Diskussion im Landrat zurück. Es ist aber erfreulich zu hören, dass die SVP sehr offen ist für die Diskussion.

://: Mit 48:37 Stimmen wird die Vorlage an die Umweltschutz- und Energiekommission zurückgewiesen.
